

N i e d e r s c h r i f t

**der 17. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 20.07.2006**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal
Marktplatz 2
06100 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:25 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Wolfgang Kupke	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Hans-Jürgen Schiller	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Mohamed Yousif	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Herr Michael Zeidler	SPD	
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Heinz Maluch	GRAUE	
Herr Dr. Christian Fiedler	SKE	
Frau Marion Krischok	SKE	
Herr Dr. Carl-Ernst Rürup	SKE	ab 17:55 Uhr
Herr Lutz Sacher	SKE	

Entschuldigt fehlen:

Herr Oliver Christoph Klaus	CDU	vertreten durch Herrn Thomas Godenrath
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	Die Linkspartei. PDS	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger	
Herr Thomas Wünsch	SKE	
Frau Sabine Däschler	SKE	
Herr Andreas Nowotny	SKE	

Verwaltung:

Herr Eberhard Doege
Frau Gudrun Beitz
Frau Regina Fehse
Herr Dr. Ernst Müllers
Herr Wolfgang Hans

Gäste:

Frau Wilhelm	- FB 66 zu TOP 4.1.
Herr Siedel	- Fa. Obermeyer Planen u. Bauten, NL Halle zu TOP 4.1.
Herr Knofe	- FB 32 zu TOP 5.1.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 22.06.2006
4. Anträge
 - 4.1. Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Bau der Lärmschutzmaßnahme im Gewerbegebiet Halle-Ost
Vorlage: IV/2006/05541
5. Informationen
 - 5.1. Bericht über die bisherige Arbeit des "Netzwerkes gegen illegale Graffiti"
 - 5.2. Bericht über den Verlauf der in Halle stattgefundenen Veranstaltungen im Rahmen der Fußball-WM unter sicherheitspolitischem Aspekt
 - 5.3. Information zum Entwurf der neuen Rettungsdienstgebührensatzung
6. Anfragen
7. Beantwortung von Anfragen
8. Anregungen
9. Mitteilungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Der Vorsitzende des Ausschusses, **Herr Wehrich**, eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Protokoll:

Da Frau Wolff, Antragstellerin zum Bau der Lärmschutzmaßnahme im Gewerbegebiet Halle-Ost, noch nicht anwesend war, bat **Herr Wehrich**, den Tagesordnungspunkt 4.1. zurückzustellen und erst bei Anwesenheit der Antragstellerin zu behandeln. Dazu gab es keine Einwände.

Der nachfolgenden Tagesordnung wurde einstimmig zugestimmt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 22.06.2006
4. Anträge
- 4.1. Antrag der Stadträte Wolff/Schuh – Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE – zum Bau der Lärmschutzmaßnahme im Gewerbegebiet Halle-Ost
Vorlage: IV/2006/05541
5. Informationen
- 5.1. Bericht über die bisherige Arbeit des „Netzwerkes gegen illegale Graffiti“
- 5.2. Bericht über den Verlauf der in Halle stattgefundenen Veranstaltungen im Rahmen der Fußball-WM unter sicherheitspolitischem Aspekt
- 5.3. Information zum Entwurf der neuen Rettungsdienstgebührensatzung
6. Anfragen
7. Beantwortung von Anfragen
8. Anregungen
9. Mitteilungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 22.06.2006

Protokoll:

Die Niederschrift wurde einstimmig genehmigt.

zu 5 Informationen

zu 5.1 Bericht über die bisherige Arbeit des "Netzwerkes gegen illegale Graffiti"

Protokoll:

Herr Doege informierte, dass das Netzwerk Ende des Jahres 2003 gegründet wurde und er in einer Ausschusssitzung im Jahr 2004 darüber berichtete. Er stellte Herrn Knofe aus dem FB 32 vor, der u. a. Ansprechpartner in Graffitiangelegenheiten ist.

Herr Dr. Müllers berichtete über die bisherige Tätigkeit des „Netzwerkes gegen illegale Graffiti“ und ging insbesondere auf deren Entstehung und auf die bisherigen Erfahrungen ein. So informierte er u. a., dass am 08.12.03 die erste Anlaufberatung stattfand und hier eine Verständigung bzw. Abstimmung eines einheitlichen Handlungskonzeptes bei der Bekämpfung gegen illegale Graffiti erfolgte. Man verständigte sich darüber, neben präventiven Maßnahmen auch repressive Maßnahmen stärker auszubauen. Dem Netzwerk gehören insgesamt 35 Netzwerkpartner an (siehe **Anlage 1**). Unter Mitwirkung aller Netzwerkpartner sei ein Maßnahmenkatalog mit neun Schwerpunkten erarbeitet worden. Die eingeleiteten Maßnahmen würden positive Akzente setzen. So würden z. B. die Wohnungsgesellschaften und die Stadt- und Saalkreissparkasse Graffiti unverzüglich beseitigen lassen. Allerdings müssen verbindliche Vereinbarungen getroffen werden, um das Programm mit Leben zu erfüllen und umzusetzen. Ein Fragekatalog soll dazu dienen, diese Vereinbarungen zu definieren und zu fixieren. Schmierereien bedeuten einen Imageverlust und wirken sich negativ auf das subjektive Sicherheitsgefühl von Bewohnern und Gästen aus. Für die Ordnungsbehörden sei es oft problematisch, denn soweit private Grundstücke betroffen seien, obliege es den Eigentümern, über die Beseitigung zu entscheiden. Die finanziellen Möglichkeiten des Eigentümers würden dabei eine erhebliche Rolle spielen. Grundsätzlich werde um die zeitnahe Entfernung gebeten. Graffiti würden meist in den frühen Morgenstunden angebracht. Teilweise seien die Täter unter 14 Jahren alt. Zur Verhinderung bzw. Bekämpfung von Graffiti sei bei der Polizei die Ermittlungsgruppe „Graffiti“ gegründet worden. Diese arbeite an der Aufklärung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten. Im Zusammenhang mit dem 1200-jährigen Stadtjubiläum wurde die Aktion „Reinigung der Verteilerkästen“ der EVH und der HAVAG AG eingeläutet. Im festgelegten Wirkungsbereich Innenstadt erfolgte bis 30.06.06 die Reinigung aller Verteilerkästen. Leider seien einige allerdings wieder verunreinigt worden.

Herr Doege ergänzte, dass ein kurzfristiger Erfolg sicherlich nicht möglich sei, da die Partner auch finanziell unterschiedlich in der Lage seien, auf illegale Graffiti zu reagieren. Die Stadt selbst habe an den repräsentativen Gebäuden Graffitischutz angebracht, auch die MLU habe dies an einigen Gebäuden veranlasst.

Herr Misch ist der Ansicht, dass es zur Problematik „Graffiti“ in der Verwaltung unterschiedliche Sichtweisen gäbe. Anhand von Beispielen anderer Länder, u. a. USA, Holland, legte er den Umgang mit illegalem Graffiti dar. Anlässlich eines internationalen Kongresses wurden die Feststellungen der MLU bestätigt. Demgemäß würde die Freigabe von Flächen für legale Graffiti nichts bringen, sondern vielmehr zur Häufung illegalen Graffiti führen.

Bedauerlicherweise sei die Gesetzgebung so, dass nur jemand bestraft werden könne, wenn er auf frischer Tat ertappt werde. Die Eingreiftruppe „Graffiti“ bei der Polizei existiere schon acht Jahre und sei somit nicht neu. Als Verein sei seinerzeit eine Ausstellung im Neuen Theater initiiert worden. Ziel war, die Bürger aufmerksam zu machen für das, was sie heute gar nicht mehr wahrnehmen. Nicht jeder Hausbesitzer könne Graffiti beseitigen. Des Weiteren kritisierte **Herr Misch** die nicht wahrgenommene Verantwortung eines Schuldirektors, dessen Objekt schon ein Jahr mit Graffiti beschmiert sei. Ferner finde er es traurig, wenn im Rahmen der Veranstaltung „Sommerklatzche“ der FB 32 nur eine Genehmigung für den akustischen Teil gegeben habe, es aber zur Problematik der Graffitiaktion keine Aussage der Verwaltungsspitze gegeben habe. Er empfahl dem Fachbereich 32, an dem nächsten internationalen Kongress teilzunehmen, wo über Erfahrungen auf dem Gebiet Graffiti berichtet werde. Dafür sollten Mittel im Haushalt eingeplant werden.

Herr Dr. Fikentscher verwies darauf, dass der beste Schutz die sofortige Entfernung von Graffiti sei. Einige würden dies mit Erfolg praktizieren. Er wollte wissen, wie es mit landeseigenen Gebäuden in der Stadt aussehe.

Herr Doege antwortete, dass es verschiedene Methoden gegen illegale Graffiti gäbe. Am sympathischsten sei bei öffentlichen Bauten die Fassadenbegrünung. Das Land sei in gleichen Finanznöten wie die Stadt. Bei den privaten Wohnungsunternehmen, -genossenschaften und -gesellschaften habe sich der Abschluss von bestimmten Grundstücksversicherungen bewährt. Man müsse Ausdauer haben. Gemeinsam mit der Schulverwaltung, der Polizeidirektion und der HAVAG bemühe man sich, Material zur Verfügung zu stellen, um auch an die Schüler die Problematik Graffiti heran zu tragen.

Der Eindruck von **Herrn Godenrath** ist, dass man nicht gleichgültig, sondern resigniert sei.

Herr Dr. Müllers ist der Ansicht, dass auch eine Gleichgültigkeit vor herrsche.

Herr Zeidler zog das Fazit, dass die Erfolge des Netzwerkes relativ bescheiden seien.

Herr Misch erwähnte, dass des Öfteren in der Zeitung zu lesen sei, dass Täter auf frischer Tat ertappt werden. Was landeseigene Liegenschaften betreffe, bezog er sich auf das Friedemann-Bach-Haus, das vor dem Verkauf noch einen neuen Farbanstrich erhielt.

Herr Maluch teilte mit, dass er sein Haus bereits vier Mal gereinigt habe. Die Folge sei, dass in der Zwischenzeit der Putz beschädigt sei. Er informierte darüber, wie man in Schweden mit Graffitischmierern umgehe.

zu 5.2 Bericht über den Verlauf der in Halle stattgefundenen Veranstaltungen im Rahmen der Fußball-WM unter sicherheitspolitischem Aspekt

Protokoll:

Herr Doege informierte u. a., dass die Veranstaltungen in der Stadt Halle in einer stimmungsvollen, freudigen und ausgelassenen Atmosphäre stattfanden. Während der gesamten Fußball-WM gab es keine relevanten Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit.

Die Durchführung der Public-Viewing-Veranstaltungen, wie z. B. der „Südkurve Deutschland“ in der Herrenstraße, verlief reibungslos. Bewährt habe sich die rechtzeitige Abstimmung der

Stadtverwaltung gemeinsam mit der Polizei und dem Veranstalter. Der Ausrichter der „Südkurve Deutschland“, die Fa. Event-Net GmbH, erfüllte alle Auflagen und Nachauflagen sehr kurzfristig. Die Zusammenarbeit funktionierte sehr gut. Auch die Fernsehübertragungen in den zahlreichen Gaststätten und deren Freiflächen verliefen störungsfrei. Die Maßnahmen gegen bekannte Gewalttäter Sport haben sich ebenfalls bewährt. So wurden im Vorfeld 14 kombinierte Platzverweise und Meldeauflagen durch den FB 32 erteilt, die von der Polizei kontrolliert wurden.

zu 5.3 Information zum Entwurf der neuen Rettungsdienstgebührensatzung

Protokoll:

Herr Hans informierte über den Entwurf der neuen Rettungsdienstgebührensatzung, dem der Finanzausschuss in seiner Sitzung am 11.07.06 zustimmte. Mit den Kostenträgern sei Einigkeit erzielt worden. Eine Überarbeitung der Satzung war notwendig, da bisher die alte Gebührensatzung vom 03.12.1998 noch Gültigkeit habe, aber der gegenwärtigen Situation nicht Rechnung trage. Wesentliche Aspekte mussten bei der Erarbeitung der Satzung berücksichtigt werden. Zum einen forderten die Kostenträger die Stadt auf, die Kalkulation der Gebühren unter Einbindung auch der Einsätze zu vollziehen, welche nicht beitragsfähig oder vollstreckbar bzw. bislang als Fehlfahrt toleriert worden seien. Unter Bezug auf den § 20 Abs. 4 des Rettungsdienstgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt sei die Stadt verpflichtet, alle nicht durch Einnahmen des Rettungsdienstes gedeckten Ausgaben im Rahmen des allgemeinen Finanzausgleichs zu decken. Dies könne im ungünstigen Falle bei ca. 1.700 Einsätzen pro Jahr zutreffen.

Des Weiteren teilten die Kostenträger mit, die Kostenübernahme in Form von Gebühren für einen ärztlichen Leiter Rettungsdienst sowie des Teamkoordinators Rettungsdienst künftig nicht weiter zu tolerieren. Da sich auf die Ausschreibung des Ärztlichen Leiters Rettungsdienst niemand beworben hatte, wurden die Kosten der Funktionsstelle in der jetzt vorliegenden Gebührenkalkulation um 50 % minimiert. Ein qualifizierter Arzt aus der Klinik „Bergmannstrost“ hat bei der Stadt einen Vertrag über 20-Wochen-Arbeitsstunden.

Was den Teamkoordinator Rettungsdienst betreffe, sei eine einvernehmliche Regelung mit den Hilfsorganisationen ASB und DRK erreicht worden (0,4 Stellen DRK und 0,2 Stellen ASB).

Da die neuen Gebühren geringer seien als die in der zurzeit noch gültigen Fassung, die noch 10 Monate in diesem Jahr gelte, bestehe Einigkeit mit den Kostenträger darüber, dass mit Ende des nächsten Halbjahres aufgrund des Rechenergebnisses abgewogen werden müsse, ob eine erneute Anpassung der Gebühren notwendig werde.

Auf die Frage von **Herrn Schiller**, wie viel Prozent die Fehlfahrten von den Einsätzen ausmache, antwortete **Herr Doege**, dass dies sehr minimal sei. Bei den 1.700 Fehleinsätzen wäre eine Einnahme von ca. 255.000 € gefährdet, wenn es nicht gelänge, diese Einnahmen von den Gebührenschuldnern beizutreiben.

Herr Hans ergänzte, dass Erfahrungen belegen, dass die Krankenkassen zahlen würden, wenn die betroffenen Bürger sich gegen die Zahlung wehren würden. Allerdings sei damit ein größerer Verwaltungsaufwand verbunden.

Herr Dr. Fikentscher bezog sich auf die Einrichtung von Taxihalteplätzen, die laut Presseinformation neben dem Taxihalteplatz in der Gustav-Anlauf-Str. ab 24.07.06 auf dem Marktplatz/Ecke Kleinschmieden (Bereich vor Kaufhof) und im Bereich Große Steinstr./Ecke Neunhäuser (Bereich Kaufhof) eingerichtet werden. Er fragte, ob dies eine „glückliche“ Lösung sei und ob der vorherige Zustand (Halteplätze Kleinschmieden und Uniplatz) nicht günstiger gewesen sei.

Herr Doege und **Herr Dr. Müllers** antworteten dahingehend, dass der Haltestellenbereich Verkehrsinsel Kleinschmieden wegen des Straßenbahn- und Autoverkehrs zu gefährlich gewesen sei. Der Standort Gustav-Anlauf-Str. sei aus der Sicht der Taxifahrer nicht günstig. Bei den drei Standorten handele es sich um eine sechsmonatige Testphase. Danach werde über eine dauerhafte Einrichtung der Halteplätze entschieden.

Herr Godenrath bezog sich in seiner Anfrage auf einen Bissvorfall durch einen gefährlichen Hund. Der Hund sei erschossen worden. Allerdings halte der Hundebesitzer noch zwei weitere Hunde, die bei der Lebensgefährtin seien. Herr Godenrath wollte wissen, ob der FB 32 involviert worden sei.

Herr Dr. Müllers teilte mit, dass der FB 32 nicht einbezogen worden sei. Die anderen beiden Hunde seien als nicht gefährlich eingeschätzt worden.

zu 7 Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Herr Doege bezog sich auf die Antwort der Verwaltung zum Text für die Tafeln des Parkleitsystems bei drohender bzw. vorhandener Überschreitung des Feinstaubgrenzwertes und teilte mit, dass versucht wurde, unter den Restriktionen der Verfügbarkeit von Zeilen einen etwas freundlicheren Text zu formulieren.

Herr Dr. Yousif fragte nach der Beantwortung des Offenen Briefes bezüglich der Veranstaltung des Senders MTV vom 17.06.06.

Herr Doege antwortete, dass die Zuarbeiten der FB 31 und 32 gemäß Zuständigkeit an das OB-Büro erfolgten. Da noch andere städtische Dienststellen und die SMG für die Beantwortung zuständig seien, erfolge die Beantwortung durch den OB- Bereich.

zu 8 Anregungen

Protokoll:

Frau Krischok wäre daran interessiert, dass in einer Ausschusssitzung über die Tätigkeit der Bürgerservicestellen berichtet wird.

Frau Krischok berichtete über einen Besuch in der Stadt Hamburg. Sie habe festgestellt, dass die knallroten Papierkörbe mit Aufklebern versehen seien (siehe **Anlage 2**). Sie finde dies gut und regte an zu prüfen, in wie weit so etwas in Halle umsetzbar sei. Z. B. könne man an die Burgstudenten herantreten, um für Halle typische Texte entwerfen zu lassen. Es

gehe darum, mit den Aufklebern die Bürger und Gäste zu animieren, Abfälle in die Papierkörbe zu werfen.

zu 9 **Mitteilungen**

Protokoll:

Herr Wehrich informierte, dass am 22.09.05 der Antrag der Fraktion WIR.FÜR HALLE.- BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN – MitBürger zu Mobilfunkanlagen in Halle gemeinsam mit dem Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss beraten wurde. Es wurde u. a. festgelegt, im Jahr 2006 eine erneute gemeinsame Sitzung durchzuführen. In Abstimmung mit der Vorsitzenden des Sozial, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses, Frau Haupt, wird als Termin der **26.10.06** vorgeschlagen, vorbehaltlich der Zustimmung der Mitglieder des SGGA.

Einwände zum Vorschlag gab es nicht.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

Dietmar Wehrich
Ausschussvorsitzender

Eberhard Doege
Beigeordneter

Gudrun Beitz
Protokollantin